

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
bis zu 5 Exemplaren direkt unter
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.
Oesterr. Währung.

Expedition: N 7. Wandelstr. 41 bei
A. Manchow. Alle Postanstalten
und Zeitungs-Expeditionen nehmen
Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhn-
liche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr.
Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. =
9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung von Offerten unter
Chiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr.
Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Leng,
NW. Stromstraße 48.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 44.

Berlin, den 29. Oktober 1886.

Dreizehnter Jahrgang.

Amtlicher Theil.

45. Vorstandssitzung der Kranken- und Begräbniskasse (e. G.) vom 14. Oktober 1886.

Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Kassenbericht pro September, pro
III. Quartal und Bericht des Ausschusses, 3) Verschiedenes.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Hrn. Leng I um 8 1/2 Uhr Abends
eröffnet. Anwesend sind alle Vorstandsmitglieder und vom Ausschuss die
Herrn Fetteke und Voigt. Nachdem das Protokoll der 44. Sitzung ge-
nehmigt worden, wird in die L.-D. eingetreten.

Zu Punkt 1 wird von einer auf die Anfrage des Vorstandes einge-
gangenen Mittheilung der brtl. Verwaltung Langemiesen in Sachen des
Wittgliebes Köllmer hortselbst Kenntniß genommen, nach welcher nunmehr
als festgestellt zu erachten ist, daß K. am 7. 2. 86 bereits der in Flomenau
bestehenden „Ortskrankenkasse der Arbeiter in Fabriken und fabrikkartigen
Gewerbezweigen“ beiträt, die Angehörigkeit zu dieser Kasse aber bei dem
später erfolgten Eintritt in unsere Kasse nach Ausweis des Gesundheits-
Attestes verschwiegen, bezw. angeht, daß er keiner anderen Kasse angehört
und auf diese Weise sich um ohngefähr 6 Mk. pro Woche überverschert.
Köllmer wird deshalb vom Vorstande einstimmig wegen Verstoß gegen
§ 5a des Statuts aus der Kasse ausgeschlossen; Krankengeld ist dem-
selben nicht mehr zu zahlen. — Das Mitglied Panzer-Kahla hat bei
seinem Eintritt in unsere Kasse, wie durch die brtl. Verwaltung und auf
Grund der Einsicht in das Gesundheitsattest festgestellt worden ist, einen
Verzweiger wissentlich verschwiegen und erfolgt aus dem Grunde gleichfalls
wegen Verstoß gegen § 5 a l. o. des Statuts der Ausschluß aus der Kasse.
— Von der Mittheilung der brtl. Verwaltung Siphendorf, daß das Mit-
glied Wroblewski sein Rest-Krankengeld ausgezahlt erhalten habe und im
Gewerbeverein verblieben sei, wird Kenntniß genommen. — Ebenso nimmt
der Vorstand von einer Mittheilung des Vorstandes der Hilfskassen der
Fischer, den von dieser Kasse geplanten Kartellvertrag betreffend,
Kenntniß. Der Beitritt zu demselben wird abgelehnt. Gleichzeitig berichtet
dazu Hr. Weg, daß dem allgemeinsten Kartellvertrage bereits 12 Kassen an-
gehören (siehe hinten). — Das Mitglied Maschinsky-Charlotten-
burg hat sich wegen Bewilligung des Krankengeldes vom 1. Juli
bis 20. August d. J. (siehe Protokoll der 44. Vorstandssitzung) an
den Ausschuss unserer Kasse gewendet und erucht diesen mit Rücksicht darauf,
daß W. nachträglich für die betreffende Zeit einen ordnungsgemäßen Kranken-
schein herbeibringt, dem Vorstand um nachträgliche Bewilligung der Krankengeld-
zahlung in der langen und lehrreichen Debatte sprechen über die Wähler unter An-
führung ihrer Gründe gegen die Zahlung des Krankengeldes, während von
anderer Seite die Bewilligung empfohlen wird. In letzterem Sinne ent-
scheidet sich auch schließlich der Vorstand, indem er dem folgenden Antrage
eine Zustimmung ertheilt: „Nachdem Maschinsky nachträglich den vorge-
schriebenen Krankenschein für die Zeit vom 1. Juli bis 20. August d. J.
herbeibringt, so bewilligt man das volle Krankengeld für diese Zeit
auf Grund von § 5 l. o. des Statuts unter der Voraussetzung zu zahlen, daß
er nach welcher dem Krankenschein beigefügt, den W. auch in dieser Zeit
behalten hat. Leng I. In demselben Beschlusse wird an Stelle des
Vorstandes Hrn. Leng I. Hr. Maschinsky als Kassier bestellt, ebenso in
Zusammenhang an Stelle des bisherigen Kassiers Hr. Siphendorf
Vorstande Sauer; für Reptaten muß jedoch ein anderer Vorstande ge-

wählt werden, da diese beiden Aemter nicht in einer Hand vereinigt werden
können. — Punkt 1 ist erledigt.

Bei Punkt 2 betragen die Einnahmen der Kasse im September
inkl. Vortrag 2859,57 Mk., die Ausgaben 2526,00 Mk., Bestand am 1. Okto-
ber 1886 30929,51 Mk. — Nach der Erstattung der Kassenberichte für das
3. Quartal (Haupt- und Kautionskasse), deren Richtigkeit Hr. Voigt im
Namen des Ausschusses bestätigt, erfolgt die Entlassung des Hauptkassiers.
(Die Abschlüsse sind bereits veröffentlicht.)

Zu Punkt 3 stimmt der Vorstand einstimmig der Resolution des
Anwalts aus der gemeinsamen Versammlung der Gewerbevereins-Hilfskassen-
vorstände vom 10. d. M., betreffend die geplante Abänderung des Kranken-
versicherungsgesetzes, zu. (Siehe die Resolution in Nr. 42.) Der von den
Hamburger u. Hilfskassen für die Zeit vom 14. bis 16. November nach
Hera berufene Hilfskassen-Kongress soll unererseits ebenfalls nicht be-
schickt werden. — Vom Hauptschriftführer werden anlässlich des Neudruckes der
Statuten Bedenken gegen die Worte „und anderer“ im Titel der Kasse
geltend gemacht und zwar in sprachlicher Hinsicht, woran er bei Abfassung
der Statutenänderung seinerzeit nicht gedacht habe. Der Vorstand beschließt,
es bei dem einmal genehmigten Titel zu belassen; auch das Gewer-
vereinsstatut soll entsprechend geändert, sowie ein bezüglicher, vom Haupt-
schriftführer beantragter Zusatz zu § 4 desselben gemacht werden. (Die
sprachlichen Bedenken sind übrigens nach eingeholter Ansicht des Anwalts
Dr. Hirsch, wenn auch berechtigt, so doch unerheblich, da ähnliche Schreib-
weisen zur Erzielung der Kürze auch in amtlichen Schriftstücken und Urkun-
den vorkämen). — Schluß der Sitzung um 11 Uhr Nachts.

Der Vorstand.
G. Leng I, Aug. Manchow, Georg Leng,
Vorsteher. Hauptkassier. Hauptschriftführer.

54. Generalrathssitzung vom 21. Oktober 1886.

Tagesordnung: 1. Zuschriften, 2. Unterstützungsanträge, 3. Schluß-
beratung der zu den „Grundsätzen für die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit“
gestellten Anträge der Ortsvereine.

Der Vorsitzende Hr. Leng I eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr Abends.
Anwesend sind alle Generalrathmitglieder und von den Generalvereinen
Hr. Dollmann. Nachdem das Protokoll der 53. Sitzung genehmigt worden,
wird in die L.-D. eingetreten.

Zu Punkt 1 wird durch den Hauptschriftführer mitgeteilt, daß die Be-
arbeitung eines D. B. in Golditz sich nunmehr vollzogen habe und soll das
Material nach dort gesandt werden. — Das Mitglied Arnold in Voll-
wik, zu Königszeit gehörig, wendet sich mit der Bitte um Rückgängig-
machung seines in vorheriger Sitzung erfolgten Anschlusses an dem Gewerbeverein
und der Krankenkasse nach hier und möchte sein Gehalt damit, daß auf Seiten
des Ausschusses wohl ein Verzicht vorzulegen müsse, indem er (A.) seiner
Meinung nach nur 6-8 Wochen Beiträge restlos, am 20. d. 86 also noch
keine 7 Wochen restlos haben kann. Da von A. seit dem 24. November
1885 bis einsch. den 6. September d. J. eingezahlte Beiträge im Betrage
von 21 25 Mk. gegen die Einzahlung der Beiträge der Krankenkasse der Gen-
eralrath beschließt, über die Angaben des A. zunächst Verhandlungen beim Aus-
schuss in Krantszeit einzuleiten, andererseits auch das Krankengeld des A.
einzuhalten. — In Dresden hat sich ein Mitglied, Namens Kraus, zur
Kaufnahme gemeldet, welcher letztere der Ausschuss beauftraget, weil er den A.

für einen Sozialdemokraten hält, trotzdem dieser den Revers unterschrieben. Es soll angefragt werden, welche Anhaltspunkte der Ausschuss für seine Ansicht hat und wird die Entscheidung bis dahin ausgesetzt. — Punkt 1 ist erledigt.

Zu Punkt 2 liegt eine Zuschrift des Vorsitzenden von Neuhaldensleben, Hrn. Geisert, vor, nach welcher in der dortigen Steingutfabrik von Paris & Lode Lohnunterschiede eingetreten seien, und zwar beabsichtige die Leitung der Fabrik, trotzdem die Preise in derselben schon nicht gut stehen und erst Anfangs dieses Jahres um 5 pCt. gekürzt worden sind, wiederum einen Lohnabzug von 10 pCt., was dem Personal Anfangs Oktober bekannt geworden worden sei. Vermittelungsverhandlungen seien durch den Ausschuss bereits eingeleitet, bisher jedoch erfolglos gewesen, da die Dreher u. nicht glauben, noch irgend welche Abzüge tragen zu können. Die Genossen bitten, einen Vertreter nach N. zu entsenden, um die Ansprüche der 15 Dreher u., welche sämtlich Mitglieder des Gewerkevereins sind, zu prüfen. Diesem Wunsche wird seitens des Generalraths auch Rechnung getragen, indem derselbe beschließt, Hrn. Bey nach N. zu delegieren, um womöglich, unter der besten Wahrung der Interessen der Mitglieder, eine Abmilderung der Streitigkeit herbeizuführen. Es soll Hrn. Bey überlassen bleiben, einen Genossen aus der Nähe bei seiner Mission hinzuzuziehen. — Die in Bezug auf das Mitglied Weller-Schönwald beschlossene Mediation hat sich, nachdem das in Nr. 43 der „Ameise“ veröffentlichte Schriftstück der Arbeitsgenossen des W. hier eingegangen, unnötig gemacht und werden dem W. deshalb vier Wochen Unterstützung gemäß § 39 des Statuts bewilligt. — Für die durch den Brand der Dphenhoff'schen Fabrik in Berlin-Moabit betroffenen, noch arbeitslosen Mitglieder Koch, Hahn und Siecke werden nochmals auf Grund von § 43 des Statuts 4 Wochen Unterstützung mit 7,50 Mk. pro Woche bewilligt.

Zu Punkt 3 findet sodann die Schlussberatung in Sachen der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit statt. Die betr. Vorlage in Nr. 21 der „Ameise“ wird schließlich einstimmig in der beschlossenen Fassung genehmigt und als Endtermin der Mitglieder-Abstimmung der 15. Dezember d. Js. festgesetzt. — Schluss der Sitzung 12 Uhr Nachts.

Der Generalrath.

Gust. Lenz I.
Vorsitzender.

Georg Lenz,
Hauptgeschäftsführer.

Die Berichte der Fabrik-Inspektoren.

I.

Die kürzlich erschienenen Berichte der Deutschen Fabrik-Inspektoren für das Jahr 1885 sind versuchsweise diesmal in von der bisherigen abweichender Form erschienen; sie füllen nämlich nur ein Bändchen von geringem Umfange, während dieselben früher zwei stattliche Bände ausmachten. Die gegenwärtige Form der bekanntlich im Reichsamt des Innern zusammengestellten Berichte ist gewählt worden, um dieselben durch den billigeren Preis dem Publikum zugänglicher zu machen. Wir gestehen offen, bemerkt hierzu die Volkszeitg., nach der wir unsere Leser mit den Berichten bekannt machen wollen, daß uns trotz dieses beachtenswerthen Grundes die frühere Form, in welcher die individuelle Ansicht und Auffassung der einzelnen Fabrikinspektoren ersichtlicher war, lieber gewesen ist.

Die Berichte bestehen aus fünf Hauptabschnitten, und zwar: I. Einleitung; II. Jüngliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter im Allgemeinen; III. Schutz der Arbeiter vor Gefahren; IV. Schutz der Nachbarn gegen schädliche Anlagen und V. wirtschaftliche und sittliche Zustände der Arbeiterbevölkerung, Wohlfahrts-Einrichtungen, Verschiedenes.

Für den aufmerksamen Leser kommen, trotz der „reichlichen Arbeitsgelegenheit“, die kaum verflungenen Klagen über die schlechte Lage der Industrie, wie solche fast sämtliche Handelskammerberichte enthielten, wieder zum Vorschein und bestätigen schlagend das zum Theil aus der deutsch-russischen Zollpolitik entsprungene Darniederliegen fast aller Erwerbszweige, welches die halb- und ganzoffizielle Presse den Handelskammerberichten gegenüber, freilich mit schlechtem Erfolge, zu vertuschen und abzuleugnen versuchte.

Wir halten es für gut und zweckmäßig, einiges aus den Berichten mitzutheilen, damit unsere Leser über die Zustände, unter welchen die deutschen Arbeiter leiden: immer noch zu leiden haben, aus authentischer Quelle unterrichtet werden; anderntfalls könnten manche zu glauben versucht sein, daß die betreffenden Klagen übertrieben seien.

Die Mittheilungen über den Stand der Industrie und des Arbeitsmarktes lassen sich, so heißt es, im Allgemeinen dahin zusammenfassen, daß „reichliche Arbeitsgelegenheit bei gedrückten Preisen“ vorhanden gewesen ist. In fast allen Aufsichtsbezirken ist die Zahl der Anlagen sowohl als diejenige der Arbeiter gewachsen. Jedoch ist die Zunahme der Arbeiter relativ hinter derjenigen der Betriebe zurückgeblieben. Der Grund liegt in dem wachsenden Bestreben der Industrie, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen. Eine Folge dieser Entwicklung ist das immer stärker hervortretende Zurückdrängen der kleineren Betriebe gegenüber den Großbetrieben, insbesondere z. B. der Handweberei in den verschiedenen Zweigen der Textil-Industrie (Haus-Industrie). Auch das Handwerk hat vielfach darunter zu leiden, daß, wie beispielsweise bei Schuhwaren, die billigere Maschinenherstellung an die Stelle der handwerksmäßigen Herstellung tritt. Daß auch die ungünstige Lage der Landwirtschaft auf die Industrie, namentlich auf die Maschinen-Fabrikation, direkt zurückwirkt, wird in den einzelnen Berichten (Leipzig, Aachen u. a.) besonders erwähnt.

*) Die Veröffentlichung der Vorlage, die nur geringe Änderungen gegen den Wortlaut in Nr. 21 d. Bl. erfahren hat, sowie die Veröffentlichung der Beratung über die gestellten Anträge nebst der Ausschreibung der Mitglieder-Abstimmung, wird in Nr. 45 d. Bl. erfolgen. G. H. B.

Mit der zusammenfassenden Form der Berichte hat es, wie ersichtlich, denn doch seine Bedenken. Diese Redeweise läßt doch wohl einen doppelten Sinn zu, so daß man nicht weiß, wo die „reichliche Arbeitsgelegenheit“, wenn auch „bei gedrückten Preisen“, herkommen soll, da doch die Zunahme der Arbeiter hinter derjenigen der Betriebe zurückgeblieben und das Bestreben der Industrie, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen, im Wachsen ist; da ferner das Zurückdrängen der kleineren Betriebe gegenüber den Großbetrieben immer stärker hervortritt und das Handwerk darunter zu leiden hat und weiter auch noch die ungünstige Lage der Landwirtschaft unmittelbar auf die Industrie und namentlich auf die Maschinen-Fabrikation zurückwirkt. Und dabei trotzdem „reichliche Arbeitsgelegenheit“? Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur! Doch wir werden die „reichliche Arbeitsgelegenheit“ und auch die „gedrückten Preise“ im weiteren Verlauf noch genügend kennen lernen.

Hören wir vorerst weiter: „Herborgehoben zu werden verdient, daß ungünstige Verhältnisse nicht überall mit voller Schärfe, in vielen Fällen wohl noch gar nicht auf die Lage der Arbeiter zurückgewirkt haben.“ Gewirkt haben die ungünstigen Verhältnisse auf die Lage der Arbeiter also doch und zwar, wenn auch nicht überall, so doch mit „voller Schärfe“. Was unter voller Schärfe zu verstehen ist, wird gar nicht gesagt, obgleich es von großem Werthe wäre, wenn nähere Ausführungen darüber gegeben würden.

Herborgehoben wird ferner, daß sich die Fabrikanten trotz des ungünstigen Geschäftsganges vielfach bemüht haben, „oft unter eigenen großen Opfern den Verdienst der Arbeiter auf der früheren Höhe zu erhalten“. Auch aus dem Aufsichtsbezirk Merseburg-Erfurt wird berichtet, „daß in verschiedenen Zweigen gewerblicher Thätigkeit auf einen Unternehmergewinn gänzlich verzichtet werden muß“.

Durch diese und andere Klagen, die sich noch an andere Stellen der Berichte wiederholen, wird das, was wir über die Lage der Industrie sagten, deutlich bestätigt. Für die Arbeiterschaft soll die schlechte Geschäftslage, wie es dort weiter heißt, höchstens durch Wegfall des Ueberstundenverdienstes bemerkbar geworden sein. „Von eigentlichen Lohnherabsetzungen sind ganze Arbeiterklassen nicht betroffen worden. Beides aber scheint in den Arbeitsstunden und in den Schichtlohn- und Affordrücken in einigen Industriezweigen zu drohen.“

„Ganze Arbeiterklassen sind von Lohnherabsetzungen nicht betroffen worden!“ Wie schön das klingt! Mag jeder zusehen, was er sich darunter zu denken hat. Wie viel hundert oder tausend Arbeiter zu einer Arbeiterklasse gehören oder ob man darunter nur die Textil- oder Lederarbeiter oder welche sonst immer zu verstehen hat, das bleibt der Phantasie des Lesers überlassen. Aber genug, es sind Arbeiter von den Lohnherabsetzungen betroffen worden, aber fragt mich nur nicht wie viel und von welcher Branche; sagen wir also „Klassen“ und sagen wir auch: „nicht ganze Klassen“. Da nun aber, wie aus dieser Redeweise ersichtlich, doch Lohnherabsetzungen stattgefunden haben, wäre es immerhin gut, wenn bestimmteres darüber angegeben würde.

Der Aufsichtsbeamte aus dem Zwickauer Bezirk läßt sich wie folgt vernehmen: „Da bei jeder einigermaßen günstigen Geschäftslage Anstrengungen gemacht werden, bestehende Anlagen zu vergrößern und mit leistungsfähigeren Maschinen zu versehen, oder neue Fabriken unter Benützung der von Maschinenfabriken gewährten Vergünstigungen zu errichten, so muß die Waaren-Erzeugung in einem das gewöhnliche Bedürfnis weit übersteigenden Maße sich erhöhen.“ Und aus dem Schwarzwaldkreis wird berichtet: „Es macht sich in allen Betrieben mehr und mehr die Nothwendigkeit geltend, viel zu fabriciren, um etwas zu verdienen.“

Also Ueberproduktion und kein Ende! Die Klagen über schlechten oder gar keinen Unternehmer- resp. Kapitalgewinn aber erhalten durch eine Auslassung des Aufsichtsbeamten von Potsdam-Frankfurt a. D. eine besondere Illustration. Derselbe schreibt nämlich: „Ein Rückblick auf die Entwicklung der diesseitigen Großindustrie während der letzten zehn Jahre beweist, daß ungeachtet aller Geschäftskalamitäten dennoch gewaltige Fortschritte gemacht worden sind: Verbesserungen und Vergrößerungen der Anlagen, Neuanschaffung von Arbeitsmaschinen aller Art, welche mehr dem 100 Millionen Mark gekostet haben. Und diese 100 Millionen stammen nicht etwa aus der Grünberzeit her, sondern sind von frischen erworben und erworben fort und fort weiter. Allein in der Textilindustrie hat sich die Zahl der Spindeln von 530 000 im Jahre 1875 auf 680 000 im Jahre 1885 vermehrt, also um 21 pCt., und das Verhältnis der Hand- zu den Kraftwebstühlen hat sich umgekehrt, denn während vor zehn Jahren 9600 Hand- gegenüber 4500 Kraftwebstühlen standen, stehen heute 6000 Hand- gegenüber 8000 Kraftwebstühlen. Die Lage unserer Großindustrie ist thatsächlich immer noch besser, als es scheinen mag, und das läßt sich jedenfalls feststellen, daß sie sich in den letzten Jahren außerordentlich erholt hat.“

Eine Zusammenstellung der Zahl der jugendlichen Arbeiter und Kinder soll nur alle zwei Jahre und deshalb erst für 1886 wieder gebracht werden. Jedoch in Baden scheint die Kinderarbeit besonders zu blühen. Wie mitgetheilt wird, waren daselbst 9413 jugendliche Arbeiter beschäftigt, unter denen sich 1734 Kinder im Alter von 12–14 Jahren befanden.

In den Aufsichtsbezirken Regensburg und Dresden nehmen viele Fabrikanten wenig oder gar keine Lehrlinge mehr an, eben so auch in Schwabmühlbach. In Mannheim beschwerten sich die Fabrikanten darüber, daß die selbstständigen Handwerker bezüglich ihrer Lehrlinge noch auch den gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit, Stunden u. s. w. der jugendlichen Arbeiter unterworfen sind.

Kartellvertrag der eingeschriebenen Hülfskassen der Gewerksvereine.

Am 10. Oktober, Vormittags 9 Uhr, fand nach dem vom Schriftführer L. Winter im „Gewerksverein“ erstatteten Bericht in Berlin, Sebastianstr. 39, die Konstituierung des Kartellausschusses statt. Dem Kartellvertrage sind beigetreten: die Gewerksvereine-Hülfskassen der Fabrik- und Handarbeiter, Schuhmacher und Lederarbeiter, Stuhlarbeiter, Porzellanarbeiter, Zigarrenarbeiter, Zimmerer, Klempner und Metallarbeiter, Kaufleute, Lithographen, Bildhauer und Bergarbeiter. Die Beitrittserklärungen der übrigen Hülfskassen waren noch nicht eingegangen. Von den gewählten Vertretern des Kartellausschusses waren anwesend: Hahn-Burg (Fabrik- und Handarbeiter), Winter (Schuhmacher und Lederarbeiter), Krösch (Stuhlarbeiter), Bey (Porzellanarbeiter), Bertermann (Zigarrenarbeiter), Lippe (Zimmerer), Kürth (Klempner und Metallarbeiter) und Wurzel (Lithographen). Leitner (Kaufleute) fehlt entschuldigt. Außerdem wohnte der Verbandsanwalt der Sitzung bei.

Es wird zur Konstituierung des Kartellausschusses geschritten. Zum Vorsitzenden wird Bey, zum Schriftführer Winter gewählt.

Hierauf wird beschlossen, daß der Kartellvertrag mit dem 10. Oktober für die beteiligten Hülfskassen in Kraft tritt.

Da die Sitzungen des Kartellausschusses nicht regelmäßig, sondern nach Bedürfnis stattfinden, werden die Hülfskassen-Vorstände ersucht, etwaige Veränderungen in der Vertretung rechtzeitig anzumelden. Desgleichen werden die Ortsklassierer der Verwaltungsstellen ersucht, den veröffentlichten Kartellvertrag (siehe „Ameise“ Nr. 39. Die Reb.) besonders aufzubewahren, die Bestimmungen beim Uebertreten genau zu befolgen und insbesondere die Meldungen an ihren Hauptklassienvorstand pünktlich auszuführen. Betreffs der Gesundheitsatteste (§ 2 des Kartellvertrages) haben sich die Ortsklassierer nach den diesbezüglichen Beschlüssen und Verfügungen ihrer Hauptklassienvorstände zu richten. Etwaige Beschwerden und Differenzen, welche aus der Anwendung des Kartells entspringen, sind dem Vorsitzenden des Kartellausschusses, Herrn J. Bey, Berlin S., Alte Jakobstr. 64, zu berichten.

Sozialpolitische Nachrichten.

** Das mehrfach erwähnte Erkenntnis des Kammergerichts in Sachen des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter Brix bei Rixdorf, welches jetzt dem Wortlaute nach vorliegt, bestätigt die frühere Darlegung, daß der Gerichtshof keineswegs die Gewerksvereine als politische erklärt, sondern nur annimmt, daß sie die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken und in Folge dessen laut § 2 des Vereinsgesetzes verpflichtet sind, Statuten und Mitgliederverzeichnis bei der Polizei einzureichen. Die Sache ist, da das Kammergericht sie an das Landgericht zurückverwiesen hat, noch nicht rechtskräftig entschieden, weshalb von der Veröffentlichung des Wortlauts abgesehen werden muß. Nach Maßgabe des oben angegebenen wesentlichen Inhalts ist ein Grund zur Beunruhigung für die Gewerksvereinsorganisation durchaus nicht vorhanden.

** In der Steingutfabrik von Puritz und Bode in Neuhaldensleben sind Lohnstreitigkeiten zwischen dem Personal und der Fabrikleitung ausgebrochen. Seitens der Letzteren wurde nämlich den Drehern anfangs Oktober mitgeteilt, daß von sämtlichen Artikeln ein Abzug von 10 pCt. gemacht werden müsse. Da die Presse in genannter Fabrik nach der uns über die Sache zugegangenen Mitteilung an sich nicht gut stehen (dieselben wurden erst zu Anfang d. J. um 5 pCt. gekürzt) und ferner die Dreher in jedem Jahre wegen Anhaltung des Geschirrs mehrmals 14 Tage feiern müssen, so glauben dieselben in den erneuten Lohnabzug sich nicht fügen zu können und haben sich in der Sache an den Generalrath gewandt, der zunächst Herrn Bey nach N. delegiert hat, um womöglich eine Einigung in Güte zu erzielen. Nach dem am Schluß des Blattes eingehenden kurzen Berichte des Herrn B. ist ein Ausgleich unter Herabminderung des Abzuges auf 5 pCt. zu Stande gekommen.)

** Von Wichtigkeit für alle freien Hülfskassen ist eine seitens der Aufsichtsbehörde zu Gunsten der Hülfskassen des Gewerksvereins der Deutschen Schneider und verwandter Berufe getroffene Entscheidung. Dieselbe bezieht sich auf den § 9 des Statuts, betreffend die arbeitsfähigen Kranken, denen bis dahin $\frac{1}{2}$ des versicherten Krankengeldes gezahlt werden mußte. Da die Schattenseiten und Unzulänglichkeiten dieses Paragraphen sich immer schärfer herausstellten, so wurde, wie Herr A. Herzog vom Vorstande der Hülfskassen der Schneider berichtet, in einer außerordentlichen Generalversammlung, welche am 11. Juli d. J. stattfand, beschlossen, das Krankengeld für arbeitsfähige ($\frac{1}{2}$) Kranke aufzuheben, und das Krankengeld an arbeitsunfähige oder gänzlich Kranke, jedoch vom ersten Tage an, zu zahlen. Diese Fassung des § 9 ist nun seitens der Königl. Regierung unter dem 16. September genehmigt worden, so daß der Vorstand den neuen § 9 schon mit dem 15. Oktober in Kraft treten lassen kann.

Wir glauben bemerkt zu haben, daß den anderen Hülfskassen nun nichts mehr im Wege steht, diese Bestimmung durch Generalversammlung aus dem Statut herauszubringen, da ja auch dort Klagen über diese Angelegenheit geführt sind, und durch die Bestätigung unserer Aenderung die Sache im Prinzip anerkannt ist.

Unserer Ansicht nach erscheint die Streichung des Drittels Krankengeld nicht so ohne Weiteres angezeigt, nachdem dasselbe nunmehr schon seit zwei Jahren eingeführt ist und die Mitglieder sozusagen sich daran gewöhnt haben.

** Zur Frage der Invaliditäts-Versorgung der Arbeiter hat der national-liberale Abg. Döschelhauser kürzlich eine Broschüre: „Die Arbeiterfrage, ein soziales Programm“ (Verlag von Springer in Berlin) erscheinen lassen, die von wirklich arbeiterfreundlicher Seite in der Presse allgemein verurteilt, bezw. bemängelt wird. Danach soll behufs weiteren Studiums der Frage der Altersversorgung ein großer Fond gebildet werden. Hierzu sollen die Arbeitgeber 1 pCt. und die Arbeiter $\frac{1}{2}$ pCt. des Arbeitslohnes beitragen. Auf diese Weise würden jährlich etwa 80 Mill. M. zusammenkommen. Kein Arbeiter aber gewinnt eine Berechtigung auf eine Unterstützung aus diesem Fond für das Alter. Vielmehr sollen nur die am meisten bedürftigen Arbeiter, die infolge von Alter oder Krankheit tatsächlich invaliden und zugleich bedürftigen Arbeiter in den Bereich der Fürsorge fallen. Die verfügbaren Mittel bilden die Grenze der Leistungen. Die Verwaltung liegt in den Händen der Vorstände der Invalidenklasse, die zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt seien, unter Hinzutritt eines oder mehrerer Delegirten der Gemeinde und unter Oberaufsicht der Regierung. — „Wohl der inkonsequenteste und verkehrteste unter den vielen „Arbeiterbeglückungs“-Plänen, die in den letzten Jahren aufgetaucht sind!“ bemerkt hierzu der „Gewerksverein“. Schwere Pflichten ohne Rechte für die Arbeiter, das ist der langen Rede kurzer Sinn.

** Gerichtliche Entscheidung. Das Reichsgericht vom 15. Juni 1883, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, versteht unter „Arbeitgeber“ denjenigen, welcher der selbstständige Inhaber eines der in § 1 ausgeführten versicherungspflichtigen Betriebe in dem Sinne ist, daß dieser Betrieb für seine Rechnung erfolgt. Demnach ist Betriebsunternehmer und Arbeitgeber bei einem Ziegeleibetriebe der Ziegeleibesitzer, welcher die Ziegeleianlage ihrem Zwecke nach für seine Rechnung ausnützt, nicht der Ziegeleimeister (Ziegelhans), welcher die übernommene Herstellung der Ziegel durch seine Arbeiter ausführt. Ersterer ist daher zur An- und Abmeldung der in der Ziegelei beschäftigten Arbeiter (§ 49 des Ges.) verpflichtet, und würde dem Ziegeleimeister eine solche Verpflichtung nur dann obliegen, wenn derselbe die gewerbliche Ziegeleianlage zur eigenen Ausnutzung gepachtet hätte.

Vermischtes.

— Verband der Porzellan-Industriellen von Karlsbad und Umgegend. Aus Karlsbad wird berichtet: Schon vor längerer Zeit wurden von den Porzellan-Industriellen der Umgegend Schritte gethan, deren Zweck es war, sämtliche Interessenten auf diesem Gebiete zu einem Verbände zu einen, dessen Aufgabe es sein soll, die Interessen der Porzellan-Industrie nach jeder Richtung hin zu wahren. Diese angestrebte Vereinigung ist nunmehr zur Thatfache geworden und fand die Konstituierung des Verbandes am 3. d. M. statt. Zum Obmann wurde Herr Otto Seifert in Birkenhammer gewählt. (Deutsch. Föps. Jtg.)

— Nach einer Mitteilung der „Times“ hat der Kongress der „Ritter der Arbeit“ Mr. Bowdlerley wieder zum Präsidenten auf zwei Jahre gewählt. Nach dem auf dem Kongresse erstatteten Berichte bestehen augenblicklich 4068 Zweigvereine mit 702 004 Mitgliedern; in der Kasse befinden sich 132 800 Dollar; man glaubt, daß wenn die Gesellschaft in derselben Weise wie bisher amwächst, dieselbe Ende 1887 ungefähr 2 Millionen Mitglieder zählen wird.

Personal-Nachrichten.

Berlin, den 28. Oktober 1886. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich die Zahlstelle des lokalen Reisegelehrtenverbandes Berlin-Moabit vom 1. November in der Ludlow'schen Porzellanfabrik, Moabit (Martinsdenfelde), befindet.

J. Austr.: Fischer.

Dresden, den 23. Oktober 1886. Dem auf der Reise befindlichen Steingrubdreher Herrn Herrmann Kommissch aus Pieschen wurden in Gmünd (an der holländischen Grenze) Annuitliche Papiere und Reiseeffekten gestohlen.

Sollten die Papiere (Personal- und Herren-Atteste) behufs Erheben von Reisegeld irgend einem löblichen Dreher-Verbande vorgelegt werden, so bitten wir, dieselben sofort anzuhalten und an den Unterzeichneten einzusenden.

Dreher-Verband Dresden.

J. A.: Carl Lorenz, Vorstand.

Literarisches.

Das in voriger Nr. d. Bl. bereits erwähnte Heft der „Schlichten Zeitung“ über die neueste Ausgabe von Meyers Konversations-Lexikon lautet ausführlicher: „Von diesen unübertroffenen Werken, das ich mit Recht eine „Encyclopädie des allgemeinen Wissens“ nenne, liegen 12 der neuen Auflage die ersten Bände fertig vor. Die besten und besten Mitarbeiter haben alle Beiträge geliefert; das Stammeswörter aber liegt in der Unmöglichkeit des Ganzen, in der Sicherheit des Willens, der alles richtig bringt, neben dem Großen auch das Kleinste nicht außer Acht lassen und allen Be-

Rechnungs-Abschluß der Kautionskasse pro III. Quartal 1886.

Einnahme.	Mk.	Pf.	Ausgabe.	Mk.	Pf.
In Vortrag	446	90	Per zurückgezahlte Kautionen	178	41
Kautionen	106	29	Zurückgezahlte Kautionszinsen	10	87
Zinsen pro I. Semester 1886	26	25		189	28
	579	44	Saldo	390	16
Gesamtvermögen.				579	44
1050 Mark 5% Berliner Pfandbriefe	1050	—			
Baarbestand	390	16			
	1440	16			

Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 4. Oktober 1886.
 C. Hube, G. Volgt, F. Koch, F. Dollmann, F. Fette.

Berlin, den 4. Oktober 1886.

A. Münchow, Hauptkassirer.

drüßigen der Wißbegierde entgegenkommt. Wenn das Werk vollendet ist, wird das deutsche Volk in ihm einen Schatz besitzen, den zu hüten und für die allgemeine Bildung fruchtbar zu machen jedermann sich zur Pflicht und Ehre rechnen muß."

Vereins-Nachrichten.

§ Eisenberg. Protokoll der Ortsversammlung vom 9. Oktober 1886. In Anwesenheit von 17 Mitgliedern wurde die Versammlung vom Kassirer Hrn. Werner Abends 9 Uhr eröffnet. Da der bisherige Vorsitzende in letzter Ortsversammlung sein Amt niedergelegt hatte, so mußte für die Dauer dieses Jahres eine Neuwahl erfolgen, und wurde mit Stimmenmehrheit Hr. Julius Köpfer, Masolinformer bei Hrn. Viebolt, hier, gewählt, welcher das Amt annahm und auch gewissenhaft zu verwalten versprach. Ferner fand eine längere Debatte über die Abhaltung des Stiftungsfestes für dieses Jahr statt, was dem Vorstände überlassen bleibt, und soll derselbe das Weitere den Mitgliedern durch Zirkular unterbreiten. — Alsdann folgte die Mitgliederversammlung der örtl. Verwaltungsstelle, in der zur Wahl eines Krankenkontrolleurs geschritten wurde, da der bisherige Krankenkontrollleur es ablehnt, fernere Krankenbesuche zu machen. Es wurde Hr. Dietrich, Porzellanmacher, gewählt und nahm die Wahl an. Das Mitglied Nr. 1448 hat um Stundung der Beiträge gebeten, welche ihm bewilligt wurde. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Wolfgang Bauer, Schriftführer.

§ Sorgau. Ortsversammlung vom 9. Oktober 1886. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden Hrn. Werner um 7 1/2 Uhr eröffnet. Anwesend sind 18 Mitglieder. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Vortrag, 3. Anträge und Beschwerden. Das Protokoll der letzten Versammlung wird vorgelesen und unterschrieben und alsdann zu Punkt 1 bekannt gegeben, daß die Herren Dreher Weiß, Schmiedemeister Hartmann und Bremner Lindenthal in den Verein aufgenommen sind. Frau Lindenthal hat sich zur Frauensterbefasse gemeldet. Das Mitglied Gerboth ist von hier nach Oberhausen übersiedelt. Punkt 2 erledigt Herr Lehrer Reimann durch einen längeren Vortrag über „Luft, Lunge und Athem“. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und dem Vortragenden der Dank durch Erheben von den Plätzen dargebracht. Zu Punkt 3 wurde ein Antrag eingebracht, welcher von der Versammlung verworfen wurde, und nach diesem wurde die Versammlung geschlossen. — In der Krankenkassen-Versammlung wurde bekannt gemacht, daß die Herren Hartmann und Lindenthal in die erste Klasse, Herr Weiß in die Zuschußklasse aufgenommen sind. Ferner wird ein Schreiben des Mitgliedes Hilbig vorgelesen, worin derselbe um Anschaffung eines neuen Bruchbandes bittet. Das Schreiben wurde von der örtlichen Verwaltung unterschrieben und soll dem Vorstände übermittelt werden. Vorschläge und Beschwerden wurden nicht eingebracht, und erfolgte Schluß der Versammlung 10 Uhr. Julius Hänel, Schriftführer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* **Moabit. Generalraths- und Vorstandssitzung am Donnerstag**, den 4. November, Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstr. 48. 1) Zuschriften, 2) Untersuchungsanträge, 3) Kassenbericht pro Oktober etc.
 Gust. Fenz I., Aug. Münchow, Georg Fenz,
 Vorsitzender. Hauptkassirer. Hauptschriftführer.

* **Wilmersleben. Ortsversammlung am Sonnabend**, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr bei Sebestreit. 1. Aufnahmen, 2. Kassenbericht pro 3. Quartal 1886, 3. Anträge und Beschwerden, 4. Bericht über unser Stiftungsfest, 5. Vorlesung. — **Albani Krankenkasse:** 1. Aufnahmen, 2. Kassenbericht pro 3. Quartal 1886, 3. Anträge und Beschwerden.
 G. Moldenhauer, Schriftführer.

* **Wolfsdorf. Ortsversammlung am Sonnabend**, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr in Schillershof. 1. Rechnungsablegung pro 3. Quartal 1886, 2. Mittheilungen, 3. Anmeldung. F. Seeltiger, Schriftführer.

* **Petersdorf. Ortsversammlung am Dienstag**, den 2. November, Abends 8 Uhr in Blasigs „Gasthof zur Sonne“. Um rege Theilnahme wird gebeten.
 Eduard Bischoff, Schriftführer.

* **Vom-Poppelndorf. Ortsversammlung am Sonnabend**, den 6. November 1886, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
 Wiegand Dankhoff, Schriftführer.

* **Eisenberg. Ortsversammlung am Sonnabend**, den 6. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung wird dabei bekannt gegeben. Die Mitglieder werden gebeten, bei der jetzt eingetretenen kühlen Jahreszeit die Versammlungen zahlreicher als bisher zu besuchen, damit das Vereinslokal nicht zwecklos geheizt wird.

Wolfgang Bauer, Schriftführer.

* O.-V. der Porzellan- und Glasmaler Berlin.

Den Mitgliedern und Fremden des Vereins diene hierdurch nochmals zur Mittheilung, daß Billets zu dem am 20. Oktober im **Buldermanns Saal, Kommandantenstraße**, stattfindenden **Kränzchen** noch bei Danner u. Kost, Zimmerstr. 68, zu haben sind.

Briefkasten der Redaktion.

Wie bereits in voriger Nr. bemerkt, wird die vorliegende Nr. d. Bl. bereits Mittwoch versandt, während die Nr. 45 wieder, wie sonst, am Donnerstag expedirt werden wird. Dies zur Notiz für die Leser.

Amtlicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Aufgenommene Mitglieder.

1) In den **Gewerkverein** und die **Kranken- und Begräbniskasse** wurden aufgenommen:

a) unter dem 25. September 1886:

Moabit: F. Müller, F. Borndran, A. Dreuning; Kaskütte: C. Reismann; Schramberg: A. Grüner;

b) unter dem 9. Oktober 1886:

Moabit: R. Meier;

c) unter dem 23. Oktober 1886:

Wolfsdorf: Ed. Fribe; Unterföddig: Th. Möller.

2) In die **Kranken- und Begräbniskasse** ist unter dem 16. Oktober 1886 aufgenommen:

Rudolstadt: R. Eriebler.

3) In den **Gewerkverein** wurden aufgenommen (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Köps: C. Japp, A. Japp, Schmann, B. Appel, Rischel, Michel, Staud, Wittner, Will, Bauer, Drey, Zwillingmann, Schlämer, Kolb, Rühr, Karl, Knorr, Kändler, Meisel, Hanna, Thauer; Laubendich: Pfeffer, Bräun, Müller, Schan, Salang, E. Unger II, Bergmann; Schreiberhau: Baurig, Rautz, Feist, Ulrich.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus **Gewerkverein** und **Kranken- und Begräbniskasse**:
 Pettin: D. Graßman; Weingarten: A. Fiedler, Wonn; F. Pohl,
 Weid, J. May, A. Adam.

Der Generalrath und Vorstand.

Gust. Fenz I.
Vorsitzender.

A. Münchow,
Hauptkassirer.

Georg Fenz,
Hauptschriftführer.

Verantwortlich für Redaktion Georg Fenz. Druck und Verlag von S. Reimer, Berlin, Unter den Linden 22.

Anzeigen.

Über 500 Illustrationsplatten und Kartenbeilagen.

Soeben erscheint in gänzlich neuer Bearbeitung

MEYER'S

KONVERSATIONS-LEXIKON

VIerte Auflage.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

256 Hefen à 50 Pfennig. Halbband à 12 Mark.

* Arbeitsnachricht.

Von den durch den Brand der Spandauer Porzellanfabrik zu Berlin betroffenen Drehern ist ein Theil noch ohne Arbeit. Unsere Genossen an allen Orten werden wir hierdurch dringend, zur möglichst baldigen Unterbringung der Arbeitslosen nach Berlin beizutragen und zu dem Zweck offene Stellen, insbesondere für Dreharbeiten, zu veröffentlichen.

Hilfsvereine:
 Arbeitervereine (Schmidt, Vetter) und
 Arbeitervereine etc.
 an die Redaktion d. Bl. oder an alle Stellen.